

# Landkreis Vorpommern-Rügen

## Mobilitätsausschuss



### Niederschrift über die 7. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 11. November 2025

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67  
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 16:30 - 19:12 Uhr

#### Anwesenheit:

##### **Vorsitzender**

Herr Marco Jahns

##### **Kreistagsmitglied**

Herr Ulf Braum  
Herr Thomas Haack  
Frau Julia Präkel  
Herr Jens Radtke  
Herr Andi Wallis

##### **Sachkundige Einwohner/-in**

Herr Heiko Körner  
Frau Andrea Kühl  
Herr André Meißner  
Herr Martin Müns  
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

##### **Stellvertreter/-in**

Herr Uwe Ahlers

Herr Detlef Kegel

Frau Kathrin Ruhnke

##### **Von der Verwaltung**

Herr Heiko Gernetzki  
Herr Thomas Baase  
Herr Sven Froberg  
Frau Manila Gleisberg  
Herr Robin Thomas

Frau Karen Hoppenrath

Herr Ulrich Sehl

Frau Heike Karnatz

Herr Dietmar Schubotz

Vertretung für Herrn Mathias  
Löttge

Vertretung für Herrn Tommy  
Thormann

Vertretung für Herrn Alexander  
Benkert

Fachdienstleiter Umwelt  
SB Verkehrsplanung/ÖPNV  
Fachgebietsleiter Tiefbau  
Fachdienstleiterin Ordnung  
Fachgebietsleiter Verkehrsange-  
legenheiten  
Fachdienstleiterin Stabstelle  
Wirtschaftsförderung und Regio-  
nalentwicklung  
Geschäftsführer VVR  
Fachdienstleiterin Finanzen  
Fachgebietsleiter Beteiligungs-

Frau Silvana Knoll

management, Steuern und Investitionen  
SB Verwaltung/Protokollführung

### Es fehlen:

#### **Kreistagsmitglied**

Herr Mathias Löttge

entschuldigt

Herr Thomas Pauketat

entschuldigt

Herr Tommy Thormann

entschuldigt

#### **Sachkundige Einwohner/-in**

Herr Alexander Benkert

entschuldigt

### Tagesordnung

#### **- Öffentlicher Teil -**

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 9. September 2025
5. Bestellung der Protokollführung für den Mobilitätsausschuss BV/4/0144
6. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 BV/4/0155
7. Präsentation des ganzheitlichen Konzeptes für die Nehrung Schaabe zur Optimierung der Verkehrssituation
8. Vorstellung des neuen Wegekonzeptes
9. Information über die Einbindung von Radfahrerschutzstreifen außerhalb geschlossener Ortschaften in das neue Wegekonzept
10. aktueller Sachstand zu den Bau- und Planungsarbeiten an den Kreisstraßen des Landkreises Vorpommern-Rügen
11. Allgemeinverfügung über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im ÖPNV 2026 BV/4/0133
12. Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung von tariflichen Maßnahmen im ÖPNV in HST BV/4/0163
13. Abstimmung Sitzungstermine des Mobilitätsausschusses 2026
14. Anfragen
15. Mitteilungen

#### **- Nichtöffentlicher Teil -**

16. Bestätigung der nichtöffentlichen Tagesordnung
17. Kenntnisnahme der nichtöffentlichen Niederschrift vom 9. September 2025
18. Anfragen
19. Mitteilungen

## Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

### 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Jahns eröffnet als Ausschussvorsitzender die 7. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Mobilitätsausschuss mit 10 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

### 2. Einwohnerfragestunde

Herr Dittmer, Einwohner aus Stralsund, merkt an, dass die Buslinie eins unter der Woche von Montag bis Freitag an der Hochschule Stralsund halte, jedoch nicht samstags und sonntags. Daher fragt Herr Dittmer, ob es möglich sei, dass der Bus auch samstags und sonntags vor der Hochschule halte.

Herr Baase antwortet, dass er die Frage mitnehme und sie schriftlich beantworten werde.

Weitere Einwohnerfragen werden nicht vorgetragen.

### 3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

*Herr Körner betritt die Sitzung um 16:33 Uhr (11/15)*

Der Mobilitätsausschuss bestätigt die Tagesordnung.

### 4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 9. September 2025

Anmerkungen oder Ergänzungen werden nicht vorgetragen.

*Frau Präkel betritt um 16:35 Uhr die Sitzung (12/15)*

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Niederschrift vom 9. September 2025 zur Kenntnis.

### 5. Bestellung der Protokollführung für den Mobilitätsausschuss Vorlage: BV/4/0144

Herr Jahns informiert darüber, dass Frau Knoll die Protokollführung der 7. Sitzung des Mobilitätsausschusses übernehmen werde.

Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bittet um Abstimmung.

### Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss beschließt:

1. Der Mobilitätsausschuss bestellt Frau Anja Pfefferkorn als Protokollführerin ab.
2. Der Mobilitätsausschuss bestellt Herrn Hannes Arndt zum Protokollführer.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt'**

## 6. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2026 Vorlage: BV/4/0155

---

**Frau Karnatz und Herr Schubotz** stellen anhand einer Präsentation die Eckpunkte des Haushalts 2026 vor.  
(siehe Anlage: PPP\_FD12)

*Herr Ahlers betritt um 16:40 Uhr die Sitzung (13/15)  
Herr Meißner betritt um 16:50 Uhr die Sitzung (14/15)*

**Herr Jahns** fragt, ob der Landkreis ausreichend liquide Mittel besitze, um das Haushaltsdefizit ausgleichen zu können.

**Frau Karnatz** antwortet, dass der Kassenkreditrahmen bis Ende der Woche bei 10 Mio. EUR liege. Am 17. November kämen Schlüsselzuweisungen von der Landesregierung, sodass dann ca. 35 Mio. EUR liquide vorhanden wären.

**Herr Wetenkamp** fragt, wie es möglich sein soll, ein Haushaltsdefizit von 80 Mio. EUR zu finanzieren, zumal der von Frau Karnatz angesprochene Kassenkreditrahmen dafür nicht annähernd ausreiche.

Da der Landkreis zur Erfüllung seiner Aufgaben gesetzlich verpflichtet ist, wird es dauerhafte Inanspruchnahmen von Kassenkrediten geben müssen, so **Frau Karnatz**. Gemäß der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sei ein Kassenkreditrahmen von 10 % der Aufwendungen grundsätzlich genehmigt. Bereits jetzt habe man von der Rechtsaufsichtsbehörde die Genehmigung, den Kassenkreditrahmen für 2025 zu erhöhen. Derzeit seien Kassenkredite in Höhe von maximal 148 Mio. EUR vorgesehen. Dies sei der Höchstbetrag, auf den man sich innerhalb des Fachdienstes Finanzen geeinigt habe, so **Frau Karnatz**.

**Herr Schubotz** verweist auf den Landkreis Rügen, der noch vor der Kreisgebietsreform einen Kassenkredit in Höhe von 100 Mio. EUR hatte. Insofern habe es bereits schon einmal einen solch hohen Kassenkredit gegeben.

**Frau Hoppenrath und Herr Baase** stellen anhand einer PowerPoint-Präsentation den Teilhaushalt des Fachdienstes 02 - Stabstelle Wirtschaftsförderung - vor.  
(siehe Anlage: PPP\_FD02)

**Herr Frohberg** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Teilhaushalt des Fachdienstes 43 - Bau und Planung vor.  
(siehe Anlage: PPP\_FD 43)

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

*Der Mobilitätsausschuss nimmt den Haushalt 2026 zur Kenntnis.*

## 7. Präsentation des ganzheitlichen Konzeptes für die Nehrung Schaabe zur Optimierung der Verkehrssituation

---

**Frau Hoppenarth** und **Herr Gernetzki** stellen anhand einer PowerPoint-Präsentation das Konzept für die Nehrung Schaabe zur Optimierung der Verkehrssituation vor. (siehe Anlage: PPP\_Konzept\_Schaabe-aktuell)

**Herr Sehl** fügt hinzu, dass man vor Erarbeitung des Konzeptes in engem Austausch mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden war und es geschafft habe, alle Positionen in einem Kompromiss zu vereinigen.

**Herr Radtke** fragt, ob man abschätzen könne, wie hoch die Kosten für die Umsetzung dieses Konzeptes ausfallen werden.

**Frau Hoppenrath** sagt, dass es noch keine Kostenschätzung gebe. Dies sei aber der nächste Schritt.

**Herr Gernetzki** weist darauf hin, dass der Landkreis nicht in die Umsetzung des Konzeptes eingebunden sei. Vielmehr seien hierfür die Gemeinden und das Straßenbauamt zuständig. Der Landkreis unterstütze die Gemeinden aber bei der Akquise von Fördermitteln.

**Herr Ahlers** fragt, ob es sich bei der Straße, welche durch die Schaabe führt, um eine Kreisstraße handle.

**Herr Sehl** antwortet, dass es eine Landesstraße (L 30) sei.

**Herr Jahns** ergänzt, dass aus diesem Grund das Straßenbauamt involviert sei.

**Herr Haack** merkt an, dass keine der Gemeinden Geld habe und daher auf Fördermittel angewiesen sei.

**Herr Gernetzki** ergänzt, dass vor der Erarbeitung des Konzeptes zwei große Beratungen zwischen den wichtigsten Akteuren in dieser Sache stattgefunden haben, ohne dass anschließend eine Lösung gefunden werden konnte. Daher habe Herr Dr. Kerth das Konzept in Auftrag gegeben, um zu ermitteln, welche Wünsche man vor Ort habe und welche Ziele mittelfristig realistisch erscheinen. Der Landkreis werde die Gemeinden moralisch bei der Umsetzung dieses Konzeptes unterstützen, so **Herr Gernetzki**. Langfristig wolle man dafür sorgen, dass das Falschparken entlang der Schaabe ein Ende findet.

**Herr Meißner** mahnt, dass man ausreichend Parkmöglichkeiten für Autos bereithalten müsse. Andernfalls verliere die Schabbe viele Besucher.

**Herr Jahns** findet es gut, dass man es geschafft habe, alle betroffenen Behörden in dieser Sache auf einen Nenner zu bringen. Außerdem fragt **Herr Jahns**, was mit barrierefreien Strandzugängen gemeint sei.

Damit seien die barrierefreie Gestaltung der Busbuchten und Parkplätze sowie die Ausgestaltung der Rettungswege gemeint, so **Frau Hoppenrath**.

**Herr Gernetzki** ergänzt, dass auch Rettungsfahrzeuge den Strand erreichen müssten.

**Herr Kegel** fragt, was unter moderater Optimierung der vorhandenen Parkplätze zu verstehen sei.

**Frau Hoppenrath** antwortet, dass vereinzelt Bäume entfernt werden, um weitere Parkplätze zu schaffen und dass Höhenanpassungen vorgenommen werden.

**Herr Gernetzki** fügt hinzu, dass die Schaabe Natura-2000-Gebiet sei, daher sei jeder Eingriff mit enormem Aufwand verbunden. Daher nehme man nur wenige kleine Eingriffe vor.

**Herr Kegel** fragt, ob es Erkenntnisse darüber gebe, wie viele Gäste die Bushaltestellen an der Schaabe aktuell nutzen.

**Herr Sehl** antwortet, dass es nicht überbordend viele seien.

**Herr Kegel** merkt an, dass die Parkplätze an der Schaabe in keinem guten Zustand seien und dass er nicht gewillt sei, für die Benutzung dieser Parkplätze eine Gebühr zu zahlen.

**Herr Gernetzki** erklärt, dass der schlechte Zustand der Parkplätze auf das Fehlverhalten der Besucher zurückzuführen sei.

Weiterhin fragt **Herr Kegel**, wie realistisch die Umsetzung innerhalb des zeitlichen Rahmenplans sei.

**Frau Hoppenrath** sagt, dass es davon abhängen würde, wie schnell man personelle und finanzielle Ressourcen akquirieren könne. Es sei nicht ganz realistisch, den Zeitplan einzuhalten.

**Herr Gernetzki** ergänzt, dass die beteiligten Gemeinden sowie das Straßenbauamt ein großes Interesse an der zeitnahen Umsetzung haben.

**Herr Ahlers** fragt, ob das Straßenbauamt den Plan für das Planfeststellungsverfahren erstellt.

**Herr Gernetzki** antwortet, dass das Straßenbauamt sowohl hinsichtlich der Busbuchten als auch der Verbreiterung der Radwege zuständig sei.

**Herr Jahns** sagt, dass es schwer vorzustellen sei, dass die Besucher die angedachten ÖPNV-Alternativen nutzen würden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

## **8. Vorstellung des neuen Wegekonzpts**

---

**Herr Froberg** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Entwurf des neuen Wegekonzpts vor.  
(siehe Anlage: PPP\_ENTWURF\_Wegekonzpt)

**Herr Jahns** fragt, ob für die Kontrolle der Durchlässe auch die Wasser- und Boden-

verbände zuständig seien.

**Herr Froberg** antwortet, dass man sich dahingehend noch in Klärung befinde.

**Herr Körner** sagt, dass er sich darüber freuen würde, wenn die betroffenen Gemeinden in die Planung eingebunden werden. Außerdem weist **Herr Körner** darauf hin, dass die Stadt Ribnitz-Damgarten bezüglich der NVP 2 eine Ortsumgehung plane.

**Herr Froberg** antwortet, dass dies aktuell besprochen werde und dass man dabei sei, eine Vereinbarung zu schließen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

#### **9. Information über die Einbindung von Radfahrerschutzstreifen außerhalb geschlossener Ortschaften in das neue Wegekonzept**

---

**Frau Gleisberg** und **Herr Thomas** stellen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. (siehe Anlage: PPP\_Radverkehr\_Wegekonzept)

**Herr Jahns** fragt, ob es Vorschriften bezüglich der Mindestbreiten innerorts gebe.

**Herr Thomas** antwortet, dass es verschiedene Richtlinien gebe in denen solche Vorschriften zu finden seien. Mindestens aber zwischen 6,50 Metern und 7,30 Metern.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

#### **10. aktueller Sachstand zu den Bau- und Planungsarbeiten an den Kreisstraßen des Landkreises Vorpommern-Rügen**

---

**Herr Froberg** informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation über den aktuellen Sachstand zu den Bau- und Planungsarbeiten an den Kreisstraßen des Landkreises Vorpommern-Rügen. (siehe Anlage: Aktueller Sachstand zu den Bau- und Planungsleistungen an den Kreisstraßen des Landkreises Vorpommern-Rügen)

Redebedarf besteht nicht.

#### **11. Allgemeinverfügung über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im ÖPNV 2026 Vorlage: BV/4/0133**

---

**Herr Baase** und **Herr Sehl** begründen die Beschlussvorlage.

Redebedarf besteht nicht.

**Herr Jahns** bittet um Abstimmung.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen bestärkt den Landrat die Allgemeinverfügung über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Vorpommern-Rügen für 2026 zu erlassen.
2. Der Kreistag Vorpommern-Rügen unterstützt ein gemeinsames Schreiben des Kreistagspräsidenten und des Landrates an die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Anwendung des D-Tickets gesetzlich zu verankern und die Finanzierung über die Dauer sicherzustellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 5 Enthaltungen zugestimmt**

## 12. **Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung von tariflichen Maßnahmen im ÖPNV in HST** **Vorlage: BV/4/0163**

---

**Herr Baase** begründet die Beschlussvorlage.

**Herr Sehl** ergänzt, dass der Wunsch, weniger zu bezahlen, nicht vom Landkreis ausgehe. In Absprache mit der Stadt Stralsund habe man sich darauf geeinigt, der Preisgestaltung ein „Bestpreismodell“ zugrunde zu legen.

**Herr Jahns** fragt, inwieweit Einsparungen bzw. Kürzungen von Leistungen möglich seien.

**Herr Basse** sagt, dass man auf Grundlage der gesammelten Daten darüber entscheiden werde, welches Modell zur Preisberechnung man zugrunde lege. Letztendlich werde es aber keine großen Änderungen geben.

**Herr Wetenkamp** fragt, ob es im Nachgang möglich sei, zu überprüfen, ob die eingesetzten 50.000,00 EUR doch fehlen würden.

**Herr Sehl** sagt, dass im vergangenen Jahr nahezu 1 Mio. Deutschlandtickets allein in Stralsund verkauft worden seien. Darunter auch ein großer Teil an Seniorentickets. Aus der Marktbetrachtung heraus könne man dann feststellen, warum die Zahl der über 70-jährigen Fahrgäste stagniert. Nun gebe es zum einen die Möglichkeit, den Preis über die Tariffibel zu bestimmen. Das günstigste Ticket in der Stadt Stralsund koste demnach 2,60 EUR. Dies multipliziere man und habe somit den Endbetrag. Man habe sich gegen diese Methode entschieden, da aufgrund des Deutschlandtickets eine differenziertere Methode nötig sei. Letztendlich betrachte man qualifizierte Nutzungen und schreibe denen ein Monats- oder Einzelticket zu. Auf Grundlage dessen werde anschließend der Preis ermittelt, so **Herr Sehl**.

**Herr Basse** ergänzt, dass der neue Vertrag die Möglichkeit zu Neuverhandlungen zulasse. Sollte man also feststellen, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen, stehe es beiden Parteien zu, nachzusteuern.

**Herr Wetenkamp** merkt an, dass man über die Schülernetzkarte rede und fragt, ob die Stadt Stralsund noch immer die einzige sei, die diese Karte finanziere.

**Herr Sehl** stellt klar, dass er über die 70+-Seniorenkarte sprach.

**Herr Wetenkamp** fragt, ob nur die Stadt Stralsund allein die Seniorenkarte finanziere.

re.

**Herr Sehl** sagt, dass die Hansestadt Stralsund dafür bezahle, dass man im Zuge der Einführung der Schülernetzkarte von ca. 600 bis 700 Nutzungen auf mittlerweile weit über 3000 Nutzungen gestiegen sei. Dadurch seien die Busse so ausgelastet, dass man zu großen Teilen auf Gelenkbusse umgestiegen sei. Außerdem habe man alle Regionalbusse dazu bringen können, an jeder Haltestelle auf ihrem Weg zu halten, anders als zuvor. Stralsund sei nicht die einzige Gemeinde, die sich daran beteilige, dass der ÖPNV leistungsfähiger werde.

**Herr Wetenkamp** fragt, ob es noch andere Gemeinden im Landkreis gebe, welche die Schülernetzkarte finanzieren.

**Herr Basse** stellt klar, dass es nicht allein um die Finanzierung der Schülernetzkarte gehe, sondern um die allgemeine Leistungsverbesserung des VVR.

**Herr Wetenkamp** verweist auf einen Kreistagsbeschluss, in welchem der Kreistag beschlossen habe, alle Schüler kostenlos zu befördern. Dabei sei der Landrat gleichzeitig aufgefordert gewesen, die großen Städte des Landkreises um finanzielle Beteiligung hierfür zu bitten. Die finanzielle Beteiligung der Hansestadt Stralsund sei aufgrund dieses Beschlusses zustande gekommen, so **Herr Wetenkamp**. Darum die Frage, ob Stralsund als einziges an der Finanzierung beteiligt sei.

**Herr Basse** erklärt, dass aufgrund des kostenlosen Schülerverkehrs eine Mehrbelastung bei der VVR entstanden sei. Die Busse seien stärker ausgelastet und es müssten auch mehr Busse zum Einsatz kommen. Da Stralsund in besonders hohem Maße davon betroffen sei, müsse sie den entsprechenden Mehraufwand finanzieren.

**Herr Wetenkamp** stellt einen Änderungsantrag auf ersatzlose Streichung des § 1 und Absatz 3a des § 4 der Verwaltungsvereinbarung. Außerdem soll unter § 4 Absatz 4 alles hinter dem Wort „Bestpreismodell“ gestrichen werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Herr Jahns** bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

*Der Mobilitätsausschuss lehnt den Änderungsantrag mehrheitlich ab.*

**Herr Jahns** bittet um Abstimmung über die ursprüngliche Beschlussvorlage.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die anliegende Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung von tariflichen Maßnahmen im ÖPNV in der Hansestadt Stralsund im Landkreis Vorpommern-Rügen zum 1. Januar 2026.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt**

### **13. Abstimmung Sitzungstermine des Mobilitätsausschusses 2026**

---

Anmerkungen zu dem Sitzungskalender für das Jahr 2026 werden nicht vorgetragen.

*Der Mobilitätsausschuss nimmt die Sitzungstermine für das Jahr 2026 zur Kenntnis.*

#### **14. Anfragen**

---

**Herr Wetenkamp** bittet darum die PowerPoint-Präsentation für den Haushalt noch vor der Niederschrift zu erhalten.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

#### **15. Mitteilungen**

---

Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

**Herr Jahns** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

12.01.2026, gez. Marco Jahns

---

Datum, Unterschrift

**Marco Jahns**

Ausschussvorsitzender

12.01.2026, gez. Hannes Arndt

---

Datum, Unterschrift

**Hannes Arndt**

Protokollführer